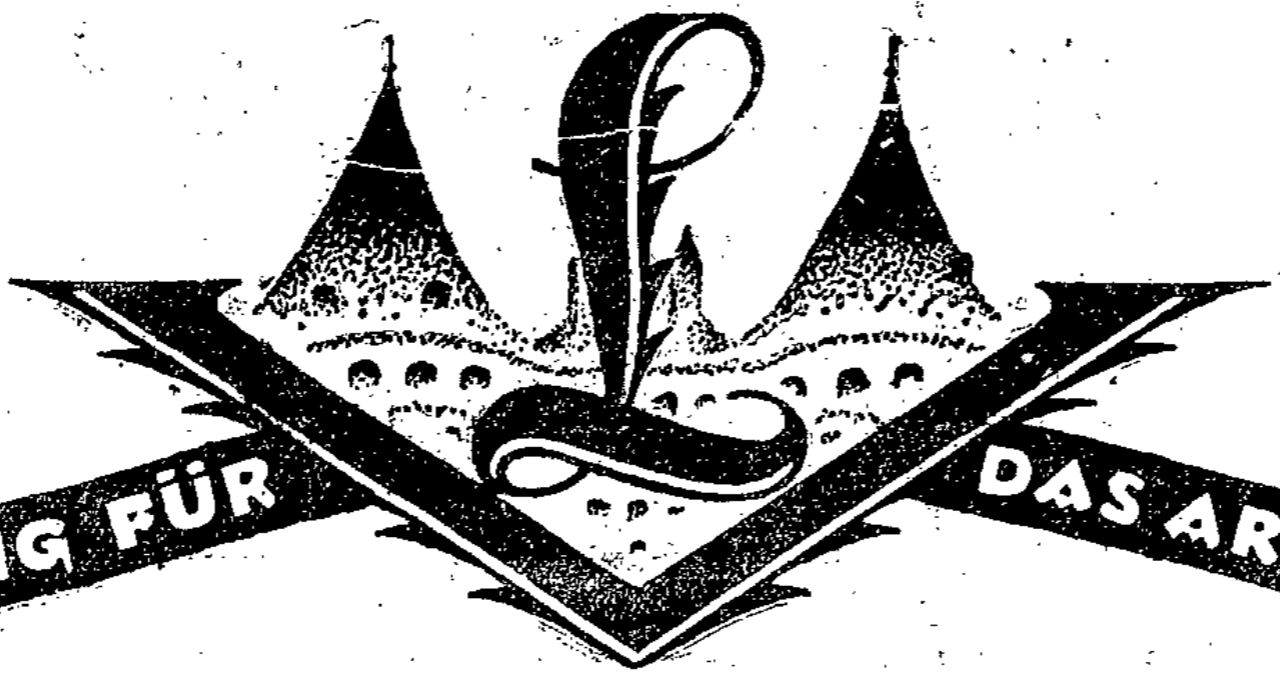


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten freitags Hausmonatlich 80 Mk. Einzelverkaufspreis 4,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark, Beilagengebühr 1000 Stck., 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 213.

Dienstag, 12. September 1922.

29. Jahrgang.

## Der Kampf um Kleinasien.

Der Fall Smyrnas hat in England große Aufregung hervorgerufen. Für England ist die kleinasiatische Frage mehr als eine koloniale Angelegenheit untergeordneten Ranges. Für das britische Weltreich ist Kleinasien das Durchgangsland, das die afrikanischen Kolonien mit den indischen Kolonien verbindet. Nicht umsonst herrschte vor dem Weltkrieg in der Frage der Bagdad-Bahn zwischen Deutschland und England eine Spannung, die den kriegerischen Konflikt mit vorbereiten half, nicht umsonst hat sich England nach Beendigung des Krieges Palästina und Mesopotamien als Einflusssphären vorbehalten. Für das britische Kolonialreich mit seinem bedeutenden Sah-islamitischen Völkerschatzen bedeutet das Erstarren der mit allen Mitteln bekämpften Türkei eine wesentliche Schwächung des englischen Imperialismus. Von Konstantinopel, von den Dardanellen aus kann England die Rumpftürkei kontrollieren. Setzt sich die im Entstehen begriffene neue Türkei hingegen am Bosphorus und in Konstantinopel fest, werden dort die Einflüsse anderer Mächte, wie Frankreichs und Sowjetrußlands, stärker als die englischen, so erleidet damit der englische Imperialismus einen Stoß, wie ihn England vielleicht seit einem Jahrhundert nicht mehr erlebt hat. Es wäre die Revanche für Jaskoda, die ihm Frankreich damit heimzahlt. Das ist der Grund, der den Sieg der Angora-Regierung zu einer internationalen Gefahr werden zu lassen droht, das ist der Grund, der das politische Interesse möglicherweise für eine Zeitlang von Europa ablenken wird. Hoffentlich nicht wieder zum Schaden Deutschlands!

Von den Vorgängen auf dem kleinasiatischen Kriegsschauplatz sei erwähnt: Smyrna ist von türkischer Kavallerie besetzt worden, dabei sind noch zurückgebliebene griechische Truppen gefangen worden. In der Stadt herrschen Typhus und Cholera. Das Nischitinselend ist unbefriedigt. Der ganze Ham, von Stambul bis Kalkutta, feiert den Türkensturz. Der Griechentönig Konstantin redet in einem Aufruf von Unglück, wie es auch anderen schon widerfahren sei, dann von Ruhm, Pflicht, Ehre, Ruhe usw. Das griechische Waffenstillstandsgebot ist bisher nicht beantwortet. In Athen hat Triandaphyllatos eine Regierung gebildet. Im gehört kein Mitglied der demokratischen Partei an. Benizelos selbst ist zu seinen Freunden nach Paris gereist. Wie anderwärts, wenn die Schußhosen knarren, versucht man in Griechenland das Volk mit nationalistischen Redensarten über das eigene Verbrechen einzuleiten. Wenn das nicht mehr geht, versucht man es mit Gewalt. Die Regierung hat strenge Maßnahmen getroffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Alle Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen sind verboten.

Eine englische Truppenlandung am Marmarameer hat in Angora (und Paris) Entsetzen hervorgerufen. Frankreich hat daraufhin „zum Schutze seiner Bürger“ Soldaten in Brussa gelandet. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die Griechen bei ihrem Rückzuge Tausende von Türken niedermegelt und zahlreiche Dörfer angezündet haben. Auch zwei Städte wurden in Brand gesteckt. — Die Londoner Abendblätter melden erste Ausschreitungen gegen Ausländer in Pera, bei denen mehrere Personen ums Leben gekommen seien. Zahlreiche englische und französische Kaufmänner wurden beschädigt. Die Polizei habe sich als machtlos erwiesen. — In zünftigen Kreisen wird erklärt, daß die Griechen angefangen haben, ihre Truppen von der Thessalika-Linie zurückzuziehen. Sie sollen entlassen sein, Thrazien zu räumen. Wie Havas meldet, schlägt man die Zahl der in Smyrna und anderen Häfen Kleinasiens eingetroffenen Flüchtlinge auf eine halbe Million. Sie sollen sich in einem bedauerlichen Zustande befinden.

## Italien als Friedensvermittler.

Paris, 11. September.

Der italienische Geschäftsträger hat am Quai d'Orsay eine Note seiner Regierung überreicht, in der diese die französische Regierung ersucht, sich mit ihr und der griechischen Regierung zu verständigen und Vertreter zu einer Konferenz in Venedig zu entsenden, zu der auch Vertreter Griechenlands und der Türken eingeladen werden sollen. Die Konferenz soll bewenden die Grundlage für einen eventuellen Vorfrieden zwischen Griechenland und der Türkei zu finden. Der italienische Vorschlag empfiehlt die Kriegführenden nur die Einstellung der Feindseligkeiten, um die Arbeiter der Konferenz zu erleichtern. Eine ähnliche Note soll heute dem griechischen Kabinett überreicht werden. Erst nach einer Verständigung zwischen London, Paris und Rom kann ein Termin festgesetzt werden. Ein Schritt zur Erlangung von Waffenstillstandsbedingungen für Griechenland wurde von den alliierten Vertretern auch bei der Regierung von Angora unternommen. Wenn die Antwort Angoras annehmbar ist, so kann die Konferenz in der Mitte der zweiten Septemberhälfte beginnen.

## Alarmbereitschaft der Entente.

II. London, 12. September.

Die gestrigen Meldungen aus Smyrna und Konstantinopel lassen die Lage nach wie vor bedrohlich erscheinen. Die alliierten Vertreter in Konstantinopel richteten gestern eine Note an Kemal Pascha, in der sie ihn warnen und entzünden, daß sie die Stadt

verteidigen werden. Offiziell wird hier erklärt, die britischen Kriegsschiffe würden wahrscheinlich eingreifen, wenn die Türken auf Thrazien überzugreifen versuchen würden. Frankreich soll das unterstützen, ebenso diplomatisch die kleine Entente und sogar Bulgarien sei gegen jede Wiederherstellung der türkischen Macht in Europa. Jede Bedrohung der britischen Stellung in Kleinasien würde das Signal zum Eingreifen bedeuten. „Evening Standard“ erklärt, die militärischen Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande seien getroffen für alle Fälle, die sich aus dem griechischen Zusammenbruch ergeben und deutet auf eine starke Vermehrung der britischen Streitkräfte im nahen Osten hin. Die alliierten Regierungen sind sich völlig darüber einig, daß eine Verletzung der neutralen Zone, wie sie an der asiatischen Küste aufgetreten war, nicht geduldet werden wird. Die türkischen Nationalisten sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß daselbe Prinzip auch auf sie angewendet wird.

## Vor neuen Beratungen der Reparationskommission.

Berlin, 12. September.

Die belgischen Unterhändler Bemelmans und Delacroix haben ihrer Regierung mündlichen Bericht über die Berliner Verhandlungen erstattet. Heute soll das belgische Kabinett zusammentreten und weitere Beschlüsse fassen. In Brüssel sowohl wie auch in Paris und London hat man die Unterbrechung der deutsch-belgischen Garantieverhandlungen im allgemeinen ruhig aufgenommen. Die „Times“, die gute Beziehungen zum Quai d'Orsay haben, sehen in ihr keinen endgültigen Abbruch der Verhandlungen und lassen durchaus die Möglichkeit offen, daß die belgischen Delegierten nach dem Kabinettsrat wieder nach Berlin zurückkehren, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Staatssekretär a. D. Bergmann und Staatssekretär Fischer sind im Auftrage der Reichsregierung nach Paris abgereist. Der Zweck ihrer Reise wird wohl sein, sich in Paris zur Verfügung zu halten, falls die Reparationskommission am Freitag zusammentritt und den Wunsch hat, vor einer Beschlussfassung noch einmal deutsche Vertreter zu hören.

## Arbeitervertreter beim Reichspräsidenten.

SPD. Berlin, 12. September.

Der Reichspräsident versammelte am Montag vormittag einen engeren Kreis maßgebender Parteifreunde zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage um sich. Unsere Genossen, die zum Teil dem Parteivorstand, dem ADGB, bzw. dem Landarbeiterverband angehörten, wiesen den Reichspräsidenten auf den Ernst der Lage für die Arbeiterschaft hin und erhoben u. a. Einspruch gegenüber dem Verhalten der Regierung bei der Behandlung der Getreidemlage. Der Reichspräsident und der Reichswirtschaftsminister, der ebenfalls zugegen war, erklärten im einzelnen die Anhaltspunkte, die für das Verhalten der Regierung gerade für die bevorstehende Erhöhung der Umlagepreise maßgebend ist. Im übrigen versprachen sie, ihr möglichstes zu tun, um den Interessen der Arbeiterschaft gerecht zu werden.

Der, im Jargon der Süd. Anz. „nichtmarxistische“ Deutsche Gewerkschaftsbund richtete an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe, in der es heißt: Seit einiger Zeit hat im deutschen Inlandverkehr die Verwendung von Auslandswährung als Grundlage der Verkaufspreis-Berechnung und als Zahlungsmittel einen gewaltigen Umfang angenommen; die Verwendung von Auslandswährung wird mehr und mehr üblich bis in den Kleinhandel hinein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet von der Reichsregierung den schleunigen Erlass einer Verordnung, die die Verwendung von Auslandswährung im Inlandverkehr unterbindet.

## Massenverhaftungen in Rußland.

SR. Riga, 10. September.

Auf Befehl des Vorsitzenden der Politischen Staatspolizei, Anshicht, wurden in der Nacht vom 1. zum 2. September Massenverhaftungen bei den Hören der Moskauer Hochschulen vorgenommen. Im Anschluß daran wurden 80 Studenten verhaftet, die nach dem inneren Gefängnis der Politischen Staatspolizei geschafft wurden.

Nach von Helfingfors hier eingegangenen Nachrichten befinden sich unter den letzter Zeit in Petersburg Verhafteten der Vorsitzende der Kunstakademie Graf Subow sowie die Professoren Labshin, Bogli, Karjwin und A. Jagojew.

## Dollar 1425,

absteigende Tendenz, große Schwankung.

## Um 270 Millionen.

SPD. Berlin, 11. September.

Deutschland hat seit seiner Niederlage alle tragischen und tragikomischen Misere eines zahlungsunfähigen Schuldners durchmachen müssen. In diesem Augenblicke befindet es sich in der Lage eines Kavalliers, der eine verhältnismäßig unbedeutende Rechnung nicht bezahlen kann, weil ihm das dazu erforderliche Kleingeld fehlt. 270 Millionen Goldmark. Zahlbar in sechs Monaten. Das ist an sich für ein 60-Millionen-Volk keine unerschwingliche Summe. Es brauchte nur jeder ein blankes 5-Mark-Stück auf den Tisch zu legen, dann wäre der Betrag nicht nur gedeckt, sondern sogar noch ein Ueberfluß vorhanden.

Wenn nun die rechtzeitige Bezahlung dieses Betrages an den belgischen Gläubiger in Frage gestellt ist, so daß aus dieser Schwierigkeit ernste Verwicklungen zu entstehen drohen, so zeigt das die Tiefe der deutschen Erschöpfung und die Größe der entstandenen Verwirrung. Es wäre denn, man wolle annehmen, die deutsche Regierung sei nicht von ernstem Willen besetzt und verschänke sich hinter Vorwänden, um sich ihrer Zahlungspflicht zu entziehen.

Eine solche Annahme wäre aber direkt uninnig und wahrheitswidrig. Zunächst handelt es sich bei den Verhandlungen, die in so bedenklicher Weise ins Stocken geraten sind, um Belgien, von dem der Reichskanzler des Kaiserreichs, Herr v. Bethmann, am 4. August 1914 das berühmte Wort gesprochen hat, daß Deutschland an ihm durch Verletzung seiner Neutralität ein Unrecht begangen habe, das nach dem Kriege wieder gutgemacht werden müsse. Es wäre ein Grad von Unpolitik, den man bei der deutschen Regierung nicht voraussetzen kann, wollte sie ihren auswärtigen Gegnern das Schlagwort in die Hände spielen, die Regierung der Republik weigere sich, ein Versprechen zu erfüllen, das selbst die Regierung des Kaiserreichs ohne äußeren Zwang abgegeben habe.

Zum zweiten ist die belgische Forderung das letzte Stück Erfüllungspolitik vor der geplanten großen Finanzkonferenz, von der man eine vernünftige Regelung der internationalen Verschuldung und ihres Kernstückes, des deutschen Reparationsproblems, erhofft. Die deutsche Regierung hat das allergrößte Interesse daran, ihr Schiff durch die Klippen der belgischen Verhandlungen im freieres Fahrwasser zu steuern. Sie hat — trotz Stimmes! — das allergrößte Interesse daran, eine weitere Verschlechterung des Marktkurses zu verhindern, die aus dem Stocken dieser Verhandlungen droht und die Not des deutschen Staatswesens ins Ungeheuerliche steigern müßte. Kurzum, würde die deutsche Regierung nicht alle ihre Kräfte aufbieten, um gerade diese Verhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen, so müßte sie geradezu von einer Art von Wahnsinn besessen sein. Nur ein Narr oder ein Böswilliger wird ihr gerade in diesem Falle schlechten Willen zumuten können.

Nach dem Mechanismus der Entscheidung, die von der Reparationskommission gefällt worden ist, würde Belgien im Falle eines endgültigen Scheiterns der Verhandlungen Deutschland auf-fordern können, die 270 Millionen sofort bei ausländischen Banken zu hinterlegen. Köme Deutschland diesem Verlangen nicht nach, so müßte sich Belgien wieder an die Reparationskommission wenden, und diese hätte sich erneut mit der Frage zu beschäftigen, ob ein verhandeltes Verdictum Deutschlands vorliege.

Die Reparationskommission hat aber gerade den Weg der direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien freigelegt, weil sie eine eigene Entscheidung vermeiden wollte. Unfähig, eine solche zu treffen, und vor die Gefahr gestellt, einen schwereren internationalen Konflikt herbeizuführen, wählte sie den Weg dieses Kompromisses. Sie selbst kann nicht wollen, daß sie durch ein Scheitern der Verhandlungen in den Fehlerkreis ihrer Verlegenheiten zurückgeworfen wird.

Wenn sich die belgische Regierung von dem Bestreben leiten läßt, sich den Bezug des ihm zustehenden Betrags unverfügt zu sichern, so gibt es keinen Menschen in Deutschland, der ihr daraus einen Vorwurf macht. Die Entscheidung der Reparationskommission hat ihr das Recht gegeben, diesen ganzen Betrag binnen sechs Monaten einzuziehen. Wenn die deutsche Regierung für die letzten zwei Drittel eine längere Frist wünscht, so tut sie das in der Absicht, eine absolute Sicherung der Zahlung herbeizuführen. Sie kann zwar nicht behaupten, daß sie in Verzweiflung geraten müßte, wenn sie gezwungen wäre, das Ganze in sechs Monaten zu bezahlen, steht aber immerhin die Gefahr eines solchen Verzuges und möchte ihr aus dem Wege gehen, um wirklich vollkommen einwandfreie Sicherungen gewährleisten zu können. Die Frage ist also: Kürzere Laufzeit und geringere Sicherheit oder längere Laufzeit und größere Sicherheit.

Diese Frage hat zu einem Stocken der Verhandlungen geführt, wir glauben aber nicht, daß sie zu einem Scheitern führen kann. Die belgische Politik unterscheidet sich von der bisherigen französischen dadurch, daß sie nicht darauf ausgeht, Deutschland als Schuldner abhängig in die Enge zu treiben, um Vorwände für die eigene Machterweiterung zu gewinnen; sie läßt sich vielmehr durch überwiegend wirtschaftliche Erwägungen leiten. Sie will nicht Sanktionen, sondern Bezahlung.

Belgien hat bei aller Freundschaft für Frankreich gar kein Interesse daran, sich selber als Gläubiger zu schädigen, damit französische Rhein- und Ruhrprojekte verwirklicht werden können. England wird sich in seinen schwereren Orientierungen nicht noch schwerere europäische Sorgen aufhaden wollen. So sprechen alle Umstände für eine Entzweiung nicht zum Konflikt, sondern zum neuen Kompromiß.



# Die Wahlen in Thüringen.

## Stimmengewinn der Extremen.

SPD. Jena, 11. September.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Thüringer Stadt-, Gemeinde- und Kreisratswahlen haben die äußerste Linke und die äußerste Rechte einen Stimmengewinn erzielt, der jedoch den gegenseitigen Erwartungen auf beiden Seiten keineswegs entspricht. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70 Prozent und war bei den bürgerlichen Parteien im allgemeinen geringer als bei der Arbeiterschaft. In vielen Orten ist die sozialistische Mehrheit trotz dem erhalten geblieben. Während die Bürgerlichen durch intensive Vorbereitung jedes einzelnen ihrer Wähler es fertig brachten, einen Wahlerfolg zu buchen, blieben viele Arbeiter, durch die skrupellose kommunistische Wahlagitatorien, die sie ausschließlich gegen die Sozialdemokratie und die thüringische sozialistische Regierung wandte, der Wahlurne fern. Neben die Wahlen zu den Kreisräten gehen die Meldungen nur sehr spärlich ein, jedoch ein abschließendes Urteil am Montag abend noch nicht möglich war.

## Nach dem Ausverkauf.

Die Lebensmittelgeschäfte in Garmisch haben am Montag den Verkauf wieder aufgenommen. Die Preise weichen von den vor einigen Tagen vereinbarten ab, halten sich aber in normaler Höhe, die Wuchererpreise ausschaltet. Der Oberpräsident beabsichtigt nunmehr die schon vor den Krawallen geplanten und inzwischen abschließend durchberatenden Maßnahmen zur Durchführung zu bringen. Insbesondere soll eine zentrale Preisprüfungsstelle in Verbindung mit dem Großhandel in Vorkundung eingerichtet werden, um wucherischen Auswüchsen einzelner Großhandelsfirmen energischer entgegenzutreten zu können. Leider steht der Großhandel auch in hohem Maße in Verbindung mit dem ausländischen Kapital, das ebenso wie viele Privatleute des Auslandes die für keine Verhältnisse günstigen Preise des nahen Rheinlandes zu Massenkäufen ausnützt. Unerschöpfte hohe Preise sind die Folgen!

## Deutschnationaler Terror.

Der aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion aus- und zur Volkspartei übergetretene Abg. Dr. Düringer-Baden veröffentlicht in der volksparteilichen „Zeit“ einen offenen Brief an den zweiten Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Baden, Oberbürgermeister D. Meyer. Düringer entspricht in diesem Brief dem bekannten Verlangen der badischen Parteileitung und hat den Landesvorsitz niedergelegt, lehnt es jedoch ab, auch sein Reichstagsmandat zu opfern. In der Begründung seines Verhaltens sagt Düringer, daß die Aufforderung der badischen Organisation auf Berliner Einflüsse zurückzuführen ist und keine rein sachliche Kritik, dessen Opfer er geworden ist, bisher nur mit sinnlosen Formalinjurien von der Berliner Parteileitung beantwortet wurden, während es die Berliner anständige Presse ablehnte, der Sinnlosigkeit Raum zu geben. Zum Schluß sagt Düringer: „Wenn eine Partei nicht mehr sozial selbstkritisch ertragen kann und will, wie von mir geübt wurde, wenn sie ihren Mitgliedern so wenig Demut und selbstkritische Meinungäußerung gestattet, so beweist sie damit nur ihre innere Unsicherheit und Schwäche. Meine Ausführungen stehen mit keinem einzigen Punkt des Parteiprogramms im Widerspruch; im Gegenteil, ich bin den für die Gründung der Partei als einer Sammelpartei maßgebenden Grundgedanken treu geblieben, während der Terror einer einseitigen Richtung die Partei unzugänglich macht.“

## Die Not der Presse.

Der Verein Württembergischer Zeitungsverleger richtete an den Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm, in dem auf die drohende Katastrophe der Zeitungsverlage verwiesen wird, wenn nicht auf rationellen Wege durchgreifende Staatshilfe erfolgt. In voller Verzweiflung wendet sich die württembergische Verlegerkammer an Sie, Herr Reichspräsident, und vertraut Ihnen in schweren Stunden die bewährteste Geschicklichkeit und Führerschaft, daß Sie im letzten Augenblick den Weg findet, die Presse als eines der wichtigsten Kulturgüter der deutschen Nation lebensfähig zu erhalten. Auch die in Magdeburg verjammelte Arbeitsgemeinschaft der künftigen Nachrichtenämter erlöst einen Notruf. Sie begehrt es insbesondere, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergreifen haben, um eine weitere Verschärfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß wenigstens nun im letzten Augenblick die Regierungen und Parlamente die Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen ihre Existenz zu ermöglichen.

# Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Armin Zähler.

5. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Nicht viel. Sie meinte es schließlic. Eines Tages war sie mit ihren Freundinnen auf einer Bank im Spielpark, sie sah nicht weit davon, las in einem Buche und sah verzweifelt zu ihr hinüber. Hingegen fand eines der Mädchen vor mir und riefete mich aus, ich sollte hinüber zu ihnen kommen. Ich sah mich um, ging aber doch mit. Als ich drüber war, lagten die Mädchen aus weitem Halle, waghelich habe ich sehr dumm ausgehen. Weil ich nichts zu sagen wußte und die Mädchen immer toller lachten, drehte ich mich um und lief weg. Am anderen Tage konnte mich die ganze Klasse. „Bist du denn sehr unglücklich gewesen?“ „Nein, ich fand die Sache plötzlich albern. Später habe ich mir wohl gesagt, daß ich Hoffnung gehabt hätte, weil ich merkte, daß Mädchen immer lachen, wenn sie sich Mut machen wollen zu etwas, was sie gern möchten, sich aber nicht recht getrauen.“ „Sind das alle deine Sorgen?“ „Es hat sich nichts weiter ereignet. Ich kam dann bald aus der Schule. Die Schulmädchen waren mir zu häßlich, und die Mädchen, die in meinem Alter waren, sahen sich von dem Augenblick an, da sie lange Röcke trugen, nach Helikoptern um.“ „Da bist also noch ein feiner Knabe. Als ich dich gestern abend sah, dachte ich: das ist einer, der Geschickte mag.“ Hans sagte verlegen: „Sag mir mit dem an?“ Sie lächelte. Ihre Augen waren halb geschlossen. Hans sah plötzlich, daß sie einen feinen Mund hatte und wie ihre Brüste sich ein wenig hoben. „Da bist ein Herrs-Knabe“, sagte sie leise, „dann sag mir, was du heute noch im Kopf hast.“ Er sah ihren vorübergehenden Mund, das Fieber ihrer Lippen, er bewegte sich zu ihr nieder, ein fremder, irgendein Duft ging von ihr aus. Sie legte den Arm um seinen Hals, er schloß ihre Arme, ihre feine Zunge. Hans verzog, wo er war, in ihm Klang und riefete es, dann sprach er hoch und wunderbar, daß die Sonne noch schien; dann er war in einer anderen Welt gewesen. Fieberlich Augen waren in feinstem Glanz auf ihn gerichtet, sie lächelte: da Hans sagte: „Hans-Knabe!“

# Demonstration für den 8-Stunden-Tag.

V. Paris, 12. September.

In der Arbeiterschaft dauert die Erregung über den beabsichtigten Abbau des Achtstundentages fort. Die Seeleute sollen nach einem Beschluß ihres Verbandes am Tage der Veröffentlichung des bezüglichen Dekrets die Schiffe verlassen und in einen 24stündigen Proteststreik eintreten. Eine Abordnung des Seeländerverbandes ist vom Präsidenten Millecand empfangen worden, der auf das nationale Interesse und den internationalen Zwang zur Verlängerung der Arbeitszeit hinwies. Am selben Tage wandte sich auf dem Bergarbeiterkongress in Angers der Sekretär des Allgemeinen Arbeitsbundes, Jouhaux, gegen die Abschaffung des Achtstundentages. Regierung und Arbeitgeber wollten die Macht der Gewerkschaften brechen; ihre Haltung zeige, daß sie eine Politik der Herausforderung treiben wollten. Die Arbeiterschaft werde den Kampf, wenn er ihr aufgezwungen werde, aufnehmen.

## Russisch-englisches Wirtschaftsabkommen.

Wond auf die Weltrevolution.

SP. Der Vertreter der Sowjetregierung, Krassin, hat mit dem Präsidenten des Russisch-Asiatic-Consolidated einen Vertrag unterzeichnet, der die Konzession in Sibirien an die Russo-Asiatic zur Vermietung übergibt. In dieser Gesellschaft ist die deutsche Industrie durch Krupp beteiligt. Eine Beteiligung dieses „Stimmes“ ist feinerzeit gesichert. Die Konzessionen erstrecken sich auf große Wald- und Erzbergwerkgebiete, über die die private Gesellschaft durch einen Pachtvertrag auf 99 Jahre die Herrschaft erhält, während das Eigentum dem russischen Staat verbleibt. Auch die Goldproduktion soll in diesen Gebieten von der Russo-Asiatic wieder in die Höhe gebracht werden. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, bereits in den nächsten Jahren für 25 Millionen Goldruble Kupfer und Gold zu fördern.

Während also die Sowjetregierung den Kapitalisten das Feld überläßt, versucht sie sich gleichzeitig der — wenn noch vorhandenen — Nothilfe des internationalen Proletariats zu bemächtigen. Rußland legt eine internationale Anleihe auf, die Weltrevolution wird auf den Börsen der Weltstädte beworben. In dem Zeichnungsauftritt heißt es: „Die erste Arbeitseinstellung für die produktive Wirtschaftshilfe in Rußland ist heute die spärliche Sparanlage des deutschen Arbeiters, Beamten und Kleinbauern.“

Treffend bemerkt zu diesem Auftritt der Hamb. Volksztg. das Gelo: Sicherste Sparanlage? Zum Teufel, wo leben wir eigentlich? Siehen wir nicht in einer der schwersten und katastrophalen Zeiten, die je über uns hereingebrochen ist? Ringt nicht jeder mit allen Kräften, daß er von dem höchsten Lohn und Gehalt gerade das Leben retten kann? Und da magt es die kommunistische Partei, eine Arbeiterpartei, die alleinstimmig die Arbeiterpartei von „Sparanlage“ zu sprechen? Einen höherrangigen Schlag ins Gesicht, eine weitere Herausforderung hat das Proletariat noch nicht erlebt.

Ueber den kommunistischen Tauschplan war seit langem kein Zweifel. Einen solchen Beweis für ihre ideologische Verbohrtheit hätten wir allerdings nicht erwartet. Die aufrechten Freunde der Arbeiterklasse haben sich glänzend blamiert. Kampf gegen die Leuerung? Der Himmel bewahre uns: zeichnet die Weltrevolutionen anleihe.

## Wels-Crispian.

Unter dieser Ueberschrift schreibt im „Populaire“ vom 8. September der Chefredakteur des Blattes und Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Genosse Paul Faure:

Wels — Crispian, diese beiden am Schluß des Heileids-Telegramms der deutschen Sozialdemokraten anlässlich des Hinscheidens von Marcel Sembat nebeneinanderstehenden Namen mögen vielleicht einigen unserer Freunde nicht besonders aufgefallen sein; zum mindesten mag deren volle Bedeutung nicht von allen erkannt worden sein.

Wels ist Vorsitzender der deutschen Mehrheitssozialdemokratie und Crispian ist einer der Vorsitzenden der Unabhängigen Partei. Das ist alles. Und doch diese Kleinigkeit, daß nämlich diese beiden Männer dasselbe Telegramm unterschrieben und abgesandt haben, ist zweifellos eines der ersten Erscheinungen eines ungeheuren Ereignisses: die Rückkehr der sozialistischen Massen Deutschlands zur Einigung.

Es war gerade bei unserem armen und lieben Sembat ein ewiger Wunsch, eine tägliche Sorge, eine leidenschaftliche Hoffnung, die Vollziehung dieser Einigung zu erleben. Im Interesse des deutschen Sozialismus, des internatio-

nen Sozialismus, des Weltfriedens — jenes Weltfriedens, den Sembat, ebenso wie Jaures, fest, dauernd, ewig gültig zwischen Völkern und Staaten werden lassen wollte.

Auf jeder unserer Sitzungen sagte er mit einer unerträglichen Hartnäckigkeit: „In Berlin liegt der Schlüssel der gesamten Lage.“

Gespalten stehen die deutschen Proletarier den Sozialismus den größten Teil seines Einflusses verlieren.

Einig, versöhnt, werden sie die größte politische Macht im Reich bedeuten. Und diese Macht wird sich im Sinne der Erhaltung der Republik, des Ausbaues der Demokratie und der Zerstückung der stets bedrohlichen Kräfte einer militäristischen und reaktionären Vergangenheit auswirken.

Das ist es, was die Einigung der deutschen Sozialdemokratie für uns bedeutet.

Selbstverständlich wird uns diese Einigung schwerwiegende Pflichten auferlegen. Wir werden im vollen Einvernehmen mit unseren englischen und belgischen Genossen unsere Anstrengungen verdoppeln und dafür sorgen müssen, daß die ebenso brutalen wie ohnmächtigen und verworrenen „Ausführer“ des Versailler Vertrages nicht zu Bundesgenossen und Helfershelfern der deutschen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse werden.

Wir haben bisher in dieser Richtung gewirkt. Aber nicht genügend, noch zu schwach. Ich weiß wohl, daß wir durch unsere Spaltungen zum Teil entwirrt wurden. Heute aber nicht mehr für lange Zeit. Die sozialistischen Massen haben bereits in unserer Partei ihren einzigen wirklichen Führer erkannt, jenen, der es verstanden hat, die Wahrheit und die Größe des Sozialismus zu wahren.

## Kleine politische Nachrichten.

Gegen falsche Anschuldigungen. Die deutsche Regierung wies in einer Note an den Völkerbund die polnischen Behauptungen über Unterdrückung der polnischen Minderheiten durch Deutschland zurück.

Vorschüsse an die Bergarbeiter. Die preussische Regierung beabsichtigt, dem Reich vorzuschlagen, an die Bergarbeiter zur Beschaffung von Kartoffelvorräten Vorschüsse zu zahlen. Eisenbahntechnik soll die Versorgung mit Kartoffeln dem Personenverkehr vorangestellt werden, der eventuell eine Einschränkung erfahren soll. Außerdem strebt die preussische Regierung einen Ausgleich zwischen den Löhnen der jugendlichen und verheirateten Arbeitern des Bergbaues zugunsten der Verheirateten an. Auch trägt sie sich mit dem Plan eines Alkoholverbotes für die jugendlichen Arbeiter.

Der Untersuchungsanspruch für die Reichswehr trat am Montag auf Wunsch des Reichswehrministers und auf Antrag der Koalitionsparteien zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Unsere Fraktion ist im Ausschuss durch den Genossen Hünicke vertreten, die Unabhängigen haben den Genossen Künzler delegiert. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Emminger (Bayr. Vpt.) und zum Berichterstatter Genosse Hünicke gewählt. Der Ausschuss diskutiert über die Fälle, die ihm zur Prüfung überwiesen werden sollen.

Wirkung der sozialistischen Einigung. Wie der SPD-Dienst erfährt, tritt die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei bereits am 22. September zusammen, während der Landtag erst zum 27. September einberufen ist. Soweit bisher bekannt ist, diese vorzeitige Einberufung der Fraktionsmitglieder der Deutschen Volkspartei mit einer Stellungnahme zur Einigung der Sozialdemokratie und der damit einsetzenden verstärkten Einwirkung der Sozialisten auf das Koalitionsverhältnis begründet. Vorläufig bleibt die Frage offen, ob die Volkspartei unter den eintretenden veränderten Verhältnissen sich weiterhin an der preussischen Regierungskoalition beteiligen wird.

Wegen der Minderungen in Kattowitz wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Cafés und Gastwirtschaften müssen um 10 Uhr abends, die Theater um 9 Uhr schließen. Die zuständigen Behörden wandten sich an den Ministerrat mit der Bitte, in einigen Teilen der Wojewodschaft außerordentliche Gerichte einzusetzen. Jeder, der bei einer öffentlichen Aufheerung, bei Raub, qualifiziertem Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen. Das Urteil muß innerhalb 24 Stunden vollstreckt sein.

Aus dem besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat folgende Zeitungen für drei Monate verboten: „Rheinischer Beobachter“, „Hamburgischer Correspondent“ und „Rheinischer Anzeiger“. Die Rheinlandkommission hat ferner beschlossen, das Verbot der deutschen Nationalhymne aufrechtzuerhalten. Sie hat erklärt, daß „Deutschland, Deutschland“ über alles“, das vier Jahre lang in den Ohren der Bevölkerung des besetzten Frankreich und Belgiens geklungen habe, von ihr als ein Lied aggressiven Charakters betrachtet werde, das den Geist der Eröberung und der Herrschaft atme, der sich an den Ufern der Maas bis zur Elbe ausdehnen möchte.

Sie war höher alter als er, auch bestimmt nicht so unerfahren. Er hatte keine Schläfenlocken, in seine Freude mischte sich die Angst vor der Unruhe, in der er jetzt leben würde. Wie sollte er, der so schon mit dem Leben nicht fertig wurde, zu klaren Ideen kommen, wenn das, was auf ihn einstürzte, sich noch vergrößerte? Das Mädchen spielte gewiß nur, aber in ihm lodten die Flammen, jetzt fand auch die Frucht vor Haffelstranz wieder wie ein Feuer vor ihm und gefellte sich zu jähem Gemüthsstößen: warum schreibe ich meinen Eltern nicht? Er dachte daran, wie schön es sein würde, aus dieser fahlen, nicht-überwundenen Stunde in ein richtiges Händchenträumen... und verhehe die Freiheit, auszugehen, wohin er will.

Freude und Jähzorn löstgen um in Kraft. Das Mädchen lächelte noch immer, er lächelte sich froh und übermütig an ihr, das Leben der beiden sprang über die Gesichter und verirrte sich im Geruch der Federkoffer und Klappen.

XI.

Als Hans zum Abendbrot aß, merkte er sofort, daß etwas los war. Der Onkel hatte einen Brief von seinem Bruder erhalten, in dem dieser in verweirter Sprache das spurlose Verschwinden seines Sohnes berichtete.

„Das ist nicht schön von dir, Hans“, sagte der Onkel, „du wirst morgen in der Frühe sofort wieder nach Hause fahren. Warum bist du denn ausgezogen?“

Hans erzählte von Haffelstranz. Er werde um keinen Preis zu dem Schieber zurückkehren. Ob er nicht da bleiben könnte und in der Fabrik arbeiten, in der der Onkel beschäftigt sei. Er wollte sich die größte Mühe geben und sei ganz gesund, auch hatte Arbeit zu jonglieren. Der Onkel schüttelte den Kopf. „Daraus wird nichts. Selbst wenn ich wollte, habe ich kein Recht, dich zurückzubringen. Morgen früh fährst du.“

Er sagte Hans wohl über das Fahrrad öfen. Der neue Tag war jäh, der Abschied von den Verwandten herzlich und ohne Gruß. Lebküchler gingen geküßt über die Stoppelfelder, wieder schaute Hans nachschling die Geogge. Er war wach und gesund, und noch war es nicht Abend, als er die Türe seiner Heimatstadt wiederhol.

Während er durch die Vorstadtstraße fuhr, sah er vor sich den Vater laufen. Das Herz klopfte ihm schneller, er rief ihn an. Vater rief wieder, er sah sich um und sah Hans jäh

an, den es weh durchfuhr; denn des Vaters Gesicht schien viel älter geworden zu sein. Zorn und Freude kämpften sich darin.

„Verdammt Ausreißer“, sagte er schließlich, „du machst mir nette Streiche.“ Dann gingen sie nach Hause. Die Mutter sah am Fenster, Hans erzählte über ihr Aussehen. Sie begrüßte ihn nicht, jetzt erst kam Hans das volle Gefühl dessen, was er ange richtet hatte. Er küßte die Mutter und weinte. Das löste auch ihre Tränen, sie fuhr ihm durchs Haar und sagte matt: „Tu das nicht wieder, Hans!“

Der Vater holte jetzt zu einer offenerzigen Ansprache aus.

„Deine Stehtragephantasien kannst du dir jetzt an den Hut stecken. Ich habe auch keine Lust mehr, dich in eine andere Lehre zu tun. Ich habe nur noch ein Interesse daran, aufzupassen, daß kein Bagabund und Spitzbube aus dir wird. Richtige dein Leben ein, wie du willst, nur verdiene dir dein Brot durch ehrliche Arbeit — aber bald! Wenn du uns keine Sorgen mehr machst, wollen wir vergessen, was du uns angetan hast. Das Rad bringe ich jetzt zu Haffelstranz, der Gott sei Dank die Nase von dir voll hat; ich werde dem Burschen noch einige Wahrheiten sagen, die er sich hinter dem Spiegel aufheben kann. Deinen kauernden Kumpen hat der Seifenmann übrigens auch rausgeschmissen, und an deinem amerikanischen Stahlkönig haben wir uns den Kaffee gewärmt.“

Hans atmete auf. Der Weg war frei. Nun wollte er auf sich selber hauen, auf seine gefundenen Arme, und sich und dem Vater beweisen, daß er ohne Hilfe durch die Welt kam. Am meisten freute ihn, daß auch Rudi den Mut gefunden hatte, den Karren herumzumerkeln und er machte sich auf den Weg zu ihm. Er trat ihn in blauer Bluse und erfuhr von ihm, der Hans lachend umarmte, daß er bereits den ersten Tag als Fabrikarbeiter hinter sich hatte. „Das ist viel schöner“, behauptete Rudi, „als hinter dem Pulke zu hocken. Mir tun zwar mächtige die Knochen weh, doch daran gewöhnt man sich; das Beste ist, daß ich am Wochenende ein Goldstück habe und weiß, wofür ich mich plage. Was willst du denn jetzt anfangen?“

„Ich weiß noch nicht, ist bei euch noch Platz?“

„Ich glaube nicht, aber du kannst es ja versuchen.“

In dieser Nacht tat Hans einen langen, friedlichen und traumlosen Schlaf.

(Fortsetzung folgt.)



# Sozialdemokratische Beamtentagung.

SPD. Am 8. und 9. September tagte in Berlin der Reichsbeamtentag und weitere Vertreter der sozialdemokratischen Beamten aus dem ganzen Reich. Die Konferenz beschäftigte sich nach einem einleitenden Referat des Genossen Hermann Wäger zunächst mit dem Entwurf eines Beamtensprogramm der SPD. Die Debatte, in der insbesondere auch das Wesen des Beamtentums im Volksstaat und die Koalitions- und Streikfrage behandelt wurden, führte zu verschiedenen Änderungen und Ergänzungen des Entwurfes, der auf Grund der Hamburger Vor schläge von den Genossen Moskowitz, Stampfer und Wäger ausgearbeitet worden war. Eine von der Tagung eingesetzte Kommission wird auf Grund der Konferenzbeschlüsse dem Entwurf die Fassung geben, in der er den leitenden Körperschaften der Partei vorgelegt werden wird.

Ueber die Entwicklung des Beamtentums referierte Genosse Albert Falkenberg. Auch an seine Ausführungen schloß sich eine sehr gründliche und hochstehende Erörterung. Sie führte zur Annahme folgender Entschlüsse:

„Der zu seiner vierten Tagung verammelte Reichsbeamtentag der SPD. fordert von dem Parteivorstand energisches Eintreten für ein von der Reichsregierung vorzulegendes Beamtengesetz gemäß Artikel 128 der Reichsverfassung, das die in der Reichsverfassung begründete zeitgemäße Fortentwicklung des geltenden Beamtentums gewährleistet.“

Zusbesondere wird die Berücksichtigung folgender Punkte gefordert:

1. Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage.
2. Wahrung der durch die Reichsverfassung gestützten höherwertigen Rechte der Beamten und ihrer Staatsbürgerrechte. Besonders dringlich ist die Regelung der in der Reichsverfassung auch den Beamten gewährleisteten Vereinigungsfreiheit durch Schaffung eines Koalitionsrechtes mit Schlichtungsverfahren.
3. Die neue Regelung des Beamtentums ist im Sinne des Sozialrechts und unter besonderer Berücksichtigung der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung sowie der besonderen Stellung der politischen Beamten vorzunehmen.

Die Konferenz erneuerte ferner die vorjährige Entschlüsse des Reichsbeamtentags zur gewerkschaftlichen Organisation und verpflichtete die Genossen in allen Beamtensorganisationen, auf eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation hinzuwirken.

Ein weiterer Beschluß ersucht die Reichstagsfraktion, scheinung eine Revision des Versorgungsgesetzes für die Schutzpolizei in die Wege zu leiten und dahin zu wirken, daß der Aufbau der Polizei den Bedürfnissen der Republik entsprechend und im Sinne neuzeitlicher staatsbürgerlicher Grundsätze geregelt wird.

Einstimmig wurde folgender Aufruf beschloffen:

An die Beamtenschaft!  
Die zur vierten Tagung des Reichsbeamtentags der SPD. aus allen Teilen des Reichs versammelten Beamten begrüßen auf das herzlichste die bevorstehende Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Von der Erwägung ausgehend, daß die Erhaltung der Republik die Grundlage für die Verwirklichung ihrer Ziele bildet begrüßen sie alle gesetzlichen Maßnahmen, die zur Erhaltung unseres Volksstaates beschlossen worden sind und bedauern, daß das Gesetz zum Schutze der Republik keine schärfere Fassung erhalten hat, die dem Mißbrauch mit den angeblich bürgerlichen Rechten der Beamten und den unverantwortlichen reaktionären und antikommunistischen Treiberen innerhalb der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden noch wirksamer ein Ziel setzen könnte.

Die Tatsache, daß mehrfach hervorragende Republikaner feigen nationalistischen Mordgehirnen zum Opfer gefallen sind und daß die national-bolschewistische Propaganda in den Händen ihrer Brutstätte hat, erfordert tatkräftige Gegenmaßnahmen und wirksame Aufklärung der Staatsdienerschaft im Interesse der Republik, zu welcher Arbeit alle Parteigenossen nachdrücklich aufgefordert werden.

Die Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien bildet die stärkste Säule für die Sicherung der Republik.

Die deutsche Republik über alles!

Nachdem noch verschiedene Beamtensfragen besprochen worden waren, führte Genosse Krüger in seiner Schlussrede aus, daß von der Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien auch eine wesentliche Stärkung der sozialistischen Beamtenschaft zu erwarten ist. Krüger hob hervor, daß die Sozialdemokratische Partei zu der gewerkschaftlichen Frage des VDB. und VDB. eine Stellung nicht einnehme, daß es aber jedenfalls zu einem Kampfe der beiden Bünden angehörenden Parteigenossen gegeneinander nicht kommen dürfe und nach dem klar ausgesprochenen Willen der Vertreter beider Richtungen auch nicht kommen werde.

Mit Dankworten aus der Konferenz an die Beamtensentrale und den Parteivorstand und mit einem begeisterten Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie nahm die Tagung ihr Ende.

## Mögen sie nur kommen!

Wälfische Bauern proklamieren Gewalt gegen die Getreideumlage. Welchen Grad der Verheerung die Agitation der Agrarier gegen die Durchführung der Getreideumlage bereits erreicht hat, eine Agitation, die es nicht mehr bei Sabotage-Ankündigungen bewenden läßt, sondern mit offener Auflehnung droht, zeigt eine Auslassung des „Freien Bauern“, Organ der freien Bauernschaft, gewaltige Gewerkschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Landwirtschaft. In seiner Nummer 196 schreibt dieses in Waldkirch (Pfalz) erscheinende Organ in einem Artikel über „Getreideumlage, Hungersnot, Hilfswert und Zwangswirtschaft“:

„Vier Jahre lang hat das Land im Kriege sich selbst verlor, und die zutage getretenen Mängel lagen in den Händen der Zwangswirtschaft und im Mangel an Futtermitteln, der auf den mangelnden Vorrat zurückzuführen war. Mit Greifen, Krüppeln und Frauen konnte man während des Krieges so umgehen, wie umgegangen worden ist. Jetzt aber sind die Männer zu Hause und das bedeuete die Regierung, wenn es sie geküßten würde, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen. Es sind der Sünden zu viele begangen worden und deshalb darf heute schon angeordnet werden: Hüte euch, züvel von Zwangswirtschaft zu plaudern! Sonderlich sei dieser Mahnung an die sogenannten Volksvertreter gerichtet, von denen ja — wir haben es bei der Genehmigung der Getreideumlage — so viele das Volk, das Bauernvolk schmächtig verraten haben, sonderlich jene Volksvertreter, die durch Abwesenheit und Abkommandierung in der Stunde der Gefahr glänzt haben. Pfiu Teufel über solche Volksvertretung! Sie hat die eingangs erwähnte, kommende Hungersnot auf dem Gewissen. Es kann nicht geredet werden von Ablieferung des Getreides, ebensowenig von einem Hilfswert der Landwirtschaft und noch weniger von Zwangswirtschaft.“

Im Gegenteil, dem Bauern muß geholfen werden; er braucht ein Hilfswort. Ehedem nannte man den Bauern den Schätzig der Hungernden; heute aber, wo seiner Peiniger zu viel geworden sind, da ist er selbst ein Hungernder (?) geworden, und er wehrt sich seiner Haut mit der Kraft und Hilfe seiner Organisation.

Das ist also nicht nur die unverhüllte Drohung, daß die staatslichen Organe, die das Umlagegetreide einzuliefern sich anschließen würden, mit Dreißiggelein und Seifen empfangen und dazu gezwungen werden würden, sondern es liegt auch in den Auslassungen geradezu eine Verhöhnung der nicht in der Landwirtschaft

tätigen Massen. Auf einmal sind nicht mehr die Kreise, die das ganze Jahr hungern und darben und die auf das aus Umlagegetreide hergestellte Brot angewiesen sind, nolledenden, sondern die Bauern, obwohl feststeht, daß die Lebenshaltung der Bauern heute eine vielfach bessere ist als je, daß die Bauern, im Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege, entschuldet sind und wirtschaftlich in einer glänzenden Lage sich befinden. Aber die Drohung des „Freien Bauern“ beweist auch, daß jede Nachgiebigkeit gegenüber agrarischen Wünschen vom Uebel ist und den Uebermut der Landwirte nur steigert.

## Volksparteiliches Urteil über Ebert.

Nach der Breslauer Hauptmann-Woche hat der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei in Breslau in der „Schlesischen Nationalzeitung“ eine Würdigung der Besatzungen vom künstlerischen und politischen Standpunkt gegeben, worin es u. a. hieß:

Das Zeugnis muß dem Präsidenten des Reiches und dem Dichter des Volkes gegeben werden, daß sie mit keinem Worte und keiner Miene die Stellung über den Parteien verlassen haben. Auch in der Nachbarschaft von ordentlichen Universitätsprofessoren und Wirklichen Geheimräten zeigte sich Ebert als ein Mann von persönlichem Eudymos, und die Kugelgelehrten, Gildenliteraten, Nichtsalsredner und Verdankaufrechten sollten endlich mit ihrem politischen Privileg sein lassen. Die Deutschnationalen haben immer noch nichts gelernt und wollen grundsätzlich nichts lernen, es fehlt ihnen ansehend jede Elastizität und so wird sich niemand wundern, daß sich diese Partei, die nur vom Kleinigen lebt, allmählich um jedes Daseinsrecht bringt.

Diese Worte können sich aber auch sehr viele Leute aus der Deutschen Volkspartei hinter die Ohren schreiben. An hochmütiger Ueberhebung überreifen viele noch die Deutschnationalen.

## Die Not im Saargebiet

zwingt Deutschland, trotz der todernten Ernährungslage des Volkes, den Bewohnern des Saargebietes mit Hilfsmitteln entgegenzukommen. Die Hauptmünche des Saargebietes, die in diesen Tagen durch eine Saar-Kommission in Berlin vorgelegt wurden, erstreben eine stärkere Versorgung mit Fleisch und Kartoffeln. Die Schwierigkeiten der Fleischversorgung sind jedoch in Deutschland selbst so groß, daß nur ein Teil der Wünsche des Saargebietes berücksichtigt werden kann. 200 Rinder aus Preußen und 200 aus Bayern im Monat wurden früher schon zugeführt. Wenn die noch gemüthliche Viehefuhr von etwa 800 Rindern aus Deutschland läßt sich kaum bewerkstelligen. Anders sieht es mit der Kartoffelfrage. Angesichts der voraussichtlich guten Kartoffelernte ist für das Saargebiet eine Lieferung von 1,3 Millionen Zentner Spätkartoffeln in Aussicht genommen. 100 000 Zentner Frühkartoffeln wurden bereits geliefert.

Wenn auch dem Willen Deutschlands zur Hilfe in diesem Jahr besonders enge Grenzen gezogen sind, so wird Deutschland doch das Saargebiet nicht vergessen, weil man in Deutschland weiß, daß neben den Franz-Empfängern im Saargebiet vor allem die Teile der Bevölkerung, die ihr Einkommen in Markt beziehen, und besonders die Schichten der Sozialrentner, Kleinrentner u. dergl. in schwerer Bedrängnis leben.

## Die Monarchisten in Württemberg.

SPD. Stuttgart, 10. Sept.

Die Stuttgarter Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei befaßten sich in einer Versammlung mit den politischen Vorgängen in Württemberg, insbesondere mit dem Treiben der Nationalisten. Es wurde ein Beschluß gefaßt, in dem bedauert wird, daß die württembergische Regierung dem Streben der Nationalisten in Württemberg ruhig zuseht, die Regimentsfeiern duldet und begünstigt. Die Versammlung ist der Auffassung, daß die württembergische Sozialdemokratische Partei jede Verantwortung für die durch das Verhalten der württembergischen Regierung sich ergebenden Folgen abzulehnen hat. Die Vertrauensleute lehnen jede leichtfertige Politik ab und sind entschlossen, den Kampf, der im Interesse des Reiches, der Republik und der Sozialdemokratie liegt, durchzuführen bis zur Erreichung unserer Ziele.

## Warschau und Bukarest.

(Von unserem Korrespondenten.)

D. Warschau, Mitte September.

Die kleinen baltischen Staaten sind mindestens in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Dauer zu einer Sonderexistenz nicht imstande; sie werden im eigenen Interesse früher oder später sich wieder enger mit Rußland verbinden. Die Abtrennung Finnlands, das bis in die letzte Zeit vor dem Krieg in Verwaltung, Zoll, Geldwesen eine Sonderstellung hatte, wird Rußland verschmerzen. Wie wird aber ein starkes Rußland auf den Versuch verzichten, Polen als ein rein russisches östliches Grenzmarken und Rumänien Beharabien wieder abzunehmen.

Das weiß man in Warschau und in Bukarest ganz genau, und daher ist das polnisch-rumänische Bündnis das erste der Bündnisse gewesen, die nach Wilsudits Plan eine antirussische Föderation der Randstaaten bilden sollten. Aus den übrigen Bündnissen ist freilich bisher nicht viel geworden, da der nationaldemokratische, russophile Chauvinismus in Polen Wilsudits Politik bemutigt durchkreuzt und statt dessen eine antideutsche Einstellung Polens propagiert hat. Aber im Zusammenhang mit der hochpolnischen Spannung wird gerade in diesen Tagen ein wichtiger Schritt im Sinne der alten Wilsudits-Politik getan: Wilsudits reist, nicht nur vom Außenminister, sondern auch von einigen höheren Offizieren begleitet, nach Bukarest.

Diese Reise hat einen besonders pikanten Beigeschmack, weil sie kurz nach der Prager Konferenz erfolgt ist — wieder einmal! — Polens Beziehungen zur Kleinen Entente festigen sollte. Dies ist nicht gelungen, und es nachträglichen Bemühungen, beispielsweise bei der Völkerbundstagung in Genf, gelingt, ist sehr die Frage. Wohl aber zeigt der schon vorzeitig begründete Vierbund einen bedenklichen Akt: Polen und Rumänien, gegen Rußland verbündet, auf der einen, die Tschecho-Slowaken und Jugoslawien, — beide deutlich russophil — auf der anderen Seite. Dieser Akt wird dadurch vergrößert, daß Polen von jeher ungarngenehmlich war und zwischen Rumänien und Ungarn neuerdings sich Fäden spinnt, während doch der tiefere Zweck der Kleinen Entente Benehns die dauernde Niederhaltung Ungarns ist.

In diesem Zusammenhang gewinnt die polnisch-rumänische Annäherung größere Bedeutung; muntert man doch heute schon in Warschau und in Krakau von einem polnisch-rumänisch-ungarischen Bloß. Für Europa würde diese Entwicklung sicherlich manches Erfreuliche bieten.

Stinnes und die deutschen Gewerkschaften. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich noch im Laufe dieser Woche mit dem Vertrag Stinnes-Lubersack beschäftigen.

# Volkswirtschaft.

## Das Existenzminimum im August 1922.

Von Dr. R. Kucynski.

(Nachdruck verboten.)

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im August um reichlich zwei Drittel höher als im Juli, 2½mal so hoch wie im Juni, 5mal so hoch wie im Januar/Februar und annähernd 5mal so hoch wie im August 1921. Rationiertes Brot kostete 5mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln und Milch 5mal soviel, Britetts und Gas 6mal soviel, Hafersfoden, Reis 5mal soviel, Speck, Salzheringe, Margarine 5mal soviel, Erbsen 10mal soviel, Speisebohnen 11mal soviel, Zucker 12mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 5mal soviel wie vor neun Jahren, Gas 6mal soviel, Milch 8mal soviel, Britetts 9mal soviel, Kartoffeln 13mal soviel, Margarine 14mal soviel, Brot im freien Handel 14mal soviel, Reis 15mal soviel, Zucker und Speck 20mal soviel.

Begiffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 146 Mark, für eine Frau auf 333 Mk., für einen Mann auf 467 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im August 1913 für ein Kind 1,40 Mk., für eine Frau 2,90 Mk., für einen Mann 3,78 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichtserstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Mk.	Preis Pfg.
1920 Gramm Brot (rationiert)	25,95	48
250 „ Roggenmehl	10,45	7
250 „ Graupen	12,10	10
3250 „ Kartoffeln	25,60	20
125 „ Margarine	28,15	20
250 „ Zucker	24,30	12
1 Liter Milch	19,10	23
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	145,65	140
500 Gramm Brot (freier Handel)	17,40	12
250 „ Hafersfoden	14,60	13
250 „ Speisebohnen	13,50	16
500 „ Kartoffeln	3,95	3
250 „ Büchsenfleisch	53,00	58
125 „ Speck	45,00	23
250 „ Salzheringe	11,60	13
125 „ Margarine	28,15	20
Zusammen für eine Frau	332,85	290
500 Gramm Reis	34,20	22
250 „ Erbsen	14,70	10
125 „ Speck	45,00	23
250 „ Salzheringe	11,60	13
125 „ Margarine	28,15	20
Zusammen für einen Mann	466,50	378

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 106,10 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 48 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzugehen: Mann 435 Mk. (2,50 Mk.), Frau 290 Mk. (1,65 Mk.), Kind 145 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit zwei Kindern
Ernährung	467	799	1091
Wohnung	16	16	16
Heizung u. Beleuchtung	154	154	154
Bekleidung	435	725	1015
Sonstiges	321	509	682

August 1922	1393	2203	2958
Juli 1922	829	1298	1763
Juni 1922	579	887	1195
August 1921	165	251	389
August 1920	144	216	308
Aug. 1913/ Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im August 1922 für einen alleinlebenden Mann 232 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 367 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 493 Mk. Den auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 72 650 Mk., für das kinderlose Ehepaar 114 900 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 154 350 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum August 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 1393 Mk., d. h. auf das 83,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 2203 Mk., d. h. auf das 98,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 2953 Mk., d. h. auf das 192,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen war die Mark im August etwa 1 Pfg. wert.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 12. September.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

11. Septbr 9. Septbr.

Amsterdam	100 fl.	59925.—	52933,75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	11186.—	10087,40
Kristiania	100 Kr.	25767,75	22721,55
Kopenhagen	100 Kr.	32953,75	29163,15
Stockholm	100 Kr.	40948,75	36154,75
Helsingfors	100 finn. Mk.	3455,65	2948,80
Rom	100 Lire	6641,65	5942,55
London	1 £	6366,40	6022,35
New York	1 Doll.	1588,07	1368,28
Paris	100 Frs.	11785,25	10636,65
Zürich	100 Frs.	29163,50	25967,50
Madrid	100 Pesetas	23670,35	21078,60
Wien	100 K.	1,95½	1,76½
Prag	100 K.	5293,35	4519,90
Budapest	100 K.	60,92	57,92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



**Amstlicher Teil.  
Handelsregister.**

Am 11. September 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Louis Wolff Kommanditgesellschaft Lübeck: Dem Hans Fuschberg in Lübeck ist Gesamtprokura erteilt, daß er gemeinsam mit einem andern Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist; 2. bei der Firma Stanz und Smalitzerwerke, vormals Carl Thiel & Söhne, Aktiengesellschaft Lübeck: Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 18. Juli 1922 soll das Grundkapital um Mk. 4000 000.— erhöht werden. Die Kapitalserhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt Mk. 10 000 000.—, eingeteilt in 10 000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je Mk. 1000.—. Der Ausgabefuß der neuen Aktien beträgt 150 %. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Juli 1922 sind die §§ 7, 9, 12, 13 und 15 des Gesellschaftsvertrages geändert; der Absatz 4 des § 14 ist gestrichen; 3. bei der Firma Transportsport-Gesellschaft (vormals R. Hedecke) in Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck: In der Generalversammlung vom 17. Juni 1922 ist die Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 1 000 000.— auf Mk. 3 000 000.— durch Ausgabe von 1000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1000 Mk. beschlossen worden. Die Kapitalserhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt Mk. 3 000 000.—, eingeteilt in 3000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je Mk. 1000.—. Der Ausgabefuß der neuen Aktien beträgt 325 %. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. Juni 1922 ist der § 4 des Gesellschaftsvertrages geändert. 6762  
Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

**Handelsregister.**

Am 9. September 1922 ist eingetragen bei der Firma Seebadeanstalt Travemünde, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Lübeck: Die Vertretung der Geschäftsführer Johannes Emanuel Fehling und Albrecht von Franckenberg und Submandatär ist beendet. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Albert Knaat in Travemünde bestellt. Prokura ist erteilt an R. Heber in Travemünde mit der Befugnis, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Geschäftsführer zu vertreten. 6763  
Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

1922.

**Bekanntmachung.**

Die hiesigen Kaufleute Edwin Heitmann, Matthäus Johannes Friedrich Weislahr sind in die Lübeckische Kaufmannschaft als Mitglieder aufgenommen worden.  
Lübeck, den 25. August 1922.  
6760 Die Handelskammer.

**Bekanntmachung.**

Gemäß Rat- und Bürgerbeschuß vom 2. Mai und 6. September d. J. werden die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser mit Wirkung von der am 1. September d. J. beginnenden Ableitung der Messerstände ab wie nachstehend festgesetzt. Sollten die Anfang Oktober und Anfang November d. J. bekanntzugebenden Preise höher bzw. niedriger ausfallen, so wird die Verrechnung des Bierjahresverbrauchs zu dem Mittel der drei Preisveröffentlichungen September, Oktober, November vorzunehmen.  
I. Für je 1 cbm entnommenes Gas ist zu zahlen: . . . . . Mk. 21.—  
II. Für je 1 Kilowattstunde entnommene elektrische Energie ist zu zahlen:  
für Beleuchtungszwecke . . . . . Mk. 51.—  
für Kraft-, Koch-, Heiz- und sonstige technische Zwecke . . . . . 38.—  
III. Für je 1 cbm entnommenes Wasser ist zu zahlen:  
A. in Lübeck:  
1. für Haushaltzwecke bis zum Betrag von 22,5 cbm für jeden heizbaren Raum . . . . . 12.—  
2. für den Mehrverbrauch über 1. und für jeden anderen Wasserverbrauch . . . . . 24.—  
B. in Travemünde . . . . . 12,20  
IV. Für jeden heizbaren Raum sind zu zahlen:  
A. in der Stadt:  
1. von Häusern mit Leitungen . . . . . 57.—  
2. von Häusern ohne Leitungen  
a) zum Zangwert über Mk. 12000 . . . . . 38.—  
b) zum Zangwert über Mk. 6000 bis Mk. 12 000 . . . . . 28,50  
c) zum Zangwert von Mk. 6000 und darunter . . . . . 19.—  
3. von Häusern mit eigenen Leitungen in Gängen usw. sowie von Wohnkellern mit eigenen Leitungen . . . . . 28,50  
4. von Häusern ohne Leitungen in Gängen usw., die mit Leitungen versehen sind . . . . . 19.—  
5. von Häusern in mit Wasserleitung nicht versehenen Gängen usw., sowie von Wohnkellern ohne Leitungen . . . . . 7,60  
B. in den Vorstädten  
1. von Häusern mit Leitungen . . . . . 57.—  
2. von Häusern ohne Leitungen . . . . . 30,40  
Lübeck, den 11. September 1922  
6765 Die Betriebsbehörde.

**Nichtamtlicher Teil.**

**D. I. V.**

Vorstandssitzung am Mittwoch, 13. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Saal. (6770)

**Kartoffeln für den Winterbedarf.**

Der Verein der Lübecker Kartoffelgroßhändler ist bereit, schon jetzt Bestellungen auf Lieferung von Winterkartoffeln zum jeweiligen Tagespreis entgegenzunehmen. Bestellisten liegen bei den unterzeichneten Mitgliedsfirmen aus, welche nach Möglichkeit für Lieferung der gewünschten Sorten in guter lagerfähiger Beschaffenheit Sorge tragen werden.

1. Spethmann & Fischer, Beckergrube 59, Fernruf 102.
  2. Otto Puls, Beckergrube 80, Fernruf 8175.
  3. Heiner Storm, Bäckerstr. 13, Fernruf 8924.
  4. Carl Heese Nachf., Inh. A. Milkowski, Meierstr. 26, Fernruf 8705.
  5. Herm. Blunck, Fleischhauerstr. 23, Fernruf 8670.
  6. Bernh. Menck, St. Annen 10, Fernruf 2189.
  7. Paul Lütgens, Mittelstr. 17, Fernruf 9244.
  8. Wilhelm Süfke, Schwartauer Allee 46c, Fernruf 8822.
  9. Joachim Wulf, Dornestr. 19, Fernruf 2226.
  10. Johannes Peters, Dornestr. 42b, Fernruf 2183.
  11. Heiner Ohde, Kronsförder Allee 25, Fernruf 8922.
  12. Johannes Breyer, Düvekensr. 1-3, Fernruf 1773.
  13. Karl Helm, Mühlensir. 73, Fernruf 2428.
  14. Henry Helm, Fleischhauerstr. 44, Fernruf 8419.
  15. August Lenschow, Klosterstr. 23, Fernruf 8989.
  16. Frau H. Vahlendieck, Heimstätten 9.
  17. Louis Wegner, Herderstr. 14, Fernruf 417.
  18. Willy Wieger, Balauerlohr 26/28, Fernruf 277.
- Außerdem nehmen sämtliche Gemüsehandlungen Aufträge entgegen. (6768)

**Deutscher Eisenbahner-Verbd.**  
Ortsgruppe Lübeck.  
Im Donnerstag, d. 7. ds. Mts., starb infolge Krankheit unser Mitglied, der Eisenbahn-Sekretär **Wilhelm Becker.**  
Chre (6765) seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgte heute nachm. Der Vorstand.

**Nähmaschinenhaus Wihl. Kruse**  
Hüxstraße 43. Fernruf 1957.  
Großes Lager erstklassig. deutscher Marken. Solide Preise! Fachmännische Bedienung! Reparaturwerkstatt für sämtliche Fabrikate.  
Alleinvertretung der (6746)  
Phönix & Mondlos (Original-Viktoria) Nähmaschinen.

**Millionenfach erprobt**  
**Salomba**  
Wäscht sparsam, bequem und schnell.  
Schumann & Wille, Wittenberge.

Junge, wachsame **Schäferhündin** zu verkaufen. **Travemünde.** Vorderreihe 11. (6752)

**Weit unter Einkauf!**  
**Frische Margarine**  
175.-, 180.-, 185.- K p. Pfund.  
**Lübecker Margarine-Centrale** (6766)  
Holstenstr. 6. Markthalle, Warendorpsstr. 9  
Schwartau. Schüttop.

Die höchsten Preise für **Haarc** in **Mittelstadt**  
Damen- u. Herr-Frisier, Adlerstr. Fernspr. 3716 (6767)

Das auf Parteitage beschluss angefertigte **Partei-Abzeichen**  
in Form einer schmuckvollen metallenen Anstecknadel ist in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu haben. **Preis Mk. 20.—**  
Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!  
(6749)

**Gammelt Flaschen** aller Art. (6761)  
**Gammelt Papier.** Vergütung erhöht! **Gem. Brodbräunung** Sammelstelle Salzpeich.

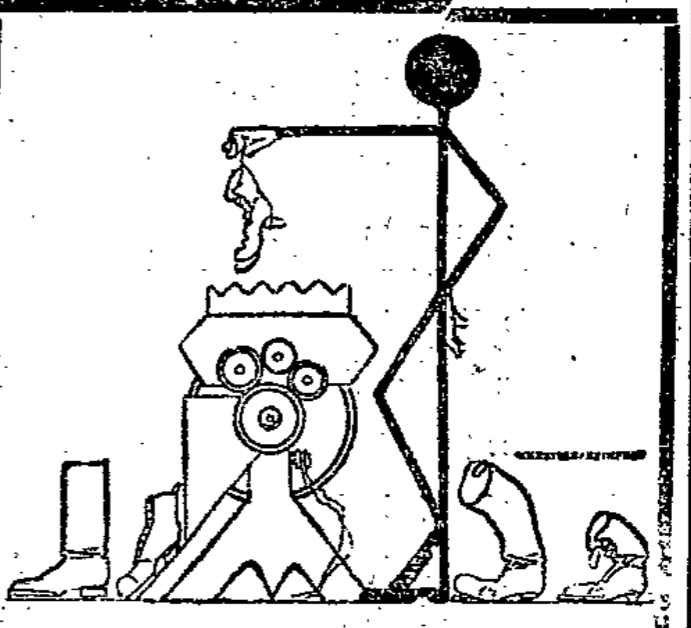
**Ankerlin** Bester Schuhputz  
Gibt den schönsten Glanz für nicht aberschaltendes Leder.  
**Heuer Gemeindebürger-Verein von Lübeck u. Umgebung von 1919 e. V.**  
Die Monatsversammlung findet nicht morgen, sondern am **Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr**, in den **Central-Saalen** statt. (6769) Der Vorstand.

**Klassenkämpfe** im **alten Braunschweig.** Soziale Bilder aus Braunschweigs Vergangenheit. Von **Karl Zwing.** Mk. 2.—  
Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

**Fußball** und **Schlagball**  
Die beiden Tischspiele unserer Jahre. Von **A. Müller** und **F. Braken.** Mk. 3.50  
Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.**

**Für Wanderer** **Jung und Alt!**  
Neu erschienen! Neu erschienen!  
**Reichs-Herbergs-Berzeichnis 1922/23.**  
Preis 30.— Mk.  
Herausgegeben vom Verband für Deutsche Jugendherbergen. Geschäftsstelle Hilpenbach, Westfalen.  
Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

**Kammerlichtspiele**  
Bis einschl. Donnerstag, den 14. September: **Seepiraten**  
6. und letzter Teil.  
Ferner: **Reingefallen**  
die Perle des Humors.



**Reform-Schuhwaren-Reparatur und Glöpperei**  
mit separatem Warteraum.  
**Spezialität: Gummisohlen und Abzüge.**  
**Robert Jenken**  
Süßstraße  
**50**  
Fernspr. 2878. Fernspr. 2878. (6772a)

**Wohnungsgenossenschaften gegen Wohnungsnot.**  
Von **Wihl. Engler Dr. h. c.** Mk. 2.—  
Buchhandlung **Friedrich Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

**Mir oder Mich?**  
Lern- und Nachschlagbuch für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache.  
Leitfaden zum Gebrauch der Fürpöster. Leichtfänglich dargestellt von **Carl Mann, Lehrer.** Mk. 20.00 Mk.  
Buchhlg. **Fr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** (6771)  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Bersammlung der Kohlenplakarbeitler**  
am Dienstag, 12. Sept., abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus.**  
Tages-Ordnung: Bericht der Kohnkommission. Die Ortsverwaltung.

**Café „Vaterland“**  
**Lübeck**  
Züglin Konzert der (6767) **Hamburger Künstler-Vereinigung.**  
Direktion: **Adolf Martens**

**Hansa-Theater.**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr  
**Die Baisière.**  
Operette in 3 Akten v. **Kalman** (6754)

**Stadttheater Lübeck**  
Dienstag, 12. Septbr., 7.30 Uhr. **Ab. B. Der Zigeunerbaron.** (6759)  
Mittwoch, 13. Septemb., **Ab. B. Wenzel.**  
Donnerstag, 14. Sept., 7.30 Uhr. **Ab. B. Die Jüdin.** Oper von **Galexy.**  
Freitag, 15. Sept., 7.30: **Ab. R. Fra Diavolo.**

**Vorbei die Zuckernot**  
wenn Sie saubere 1/2-Liter-Röte, Weiß-, Schaumwein- und Kognakflaschen bei mir abliefern. Sie erhalten für je 5 Flaschen **1 Pfund Zucker**  
Annahme nur am 9. September und vom 11.-16. September, vormittags 8.-12 Uhr, nachmittags 3.-6 Uhr.  
**O. Hoernecke, Breite Straße 65, pt. (i. Hl.)** (Bromenaden-Cafe). (6751)

**Kolosseum Ball**  
Jeden Mittwoch und Sonnabend **Kaffeehst. 6 1/2 Uhr.** **Heinrich Ohde.** (6748)

**Gewerkschaftshaus.**  
Morgen, Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
**Gr. volkstümliches Konzert (Nordischer Abend)**  
Dirigent: **Karl Mannstaedt.** (6764)  
Vorverkauf bei **Buse und Borchert, Breite Straße, Basson, Beckergrube 47, Barackow, Hüxterdamm, Kossamverein und Gewerkschaftshaus.** — Eintritt einsechl. Steuer und Programm **nur Mk. 10.—.**  
**Eintritt** Morgen **Son.** Damen (6747)  
Mittwoch **Son.** Gint. frei



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 12. September.

### Massnahmen gegen übermäßige Preistreibererei.

Mit dieser Frage beschäftigte sich am Montag, 11. Septbr., eine vom Senat anberaumte längere Sitzung, zu der die Gewerkschaften, das Polizeiamt, die Staatsanwaltschaft, der Konsumverein, die Vertreter des Groß- und Kleinhandels usw. eingeladen waren. Senator Löwig, der den Vorsitz führte, bemerkte einleitend, daß die sprunghafte Preissteigerung den Senat veranlaßt habe, die Preisgestaltung in einer solchen Sitzung zu behandeln und zu prüfen, welche Massnahmen gegen eine übermäßige Warenverwertung ergriffen werden könnten. Welche Kreise der Bevölkerung seien durch die fortgesetzten Preiserhöhungen in ihrer Lebenshaltung sehr bedrängt und daher stark beunruhigt. Darum müsse die Frage, was zur Eindämmung der Preissteigerung geschehen könne, ernsthaft geprüft werden. Wenn die Verwertung auch vornehmlich auf die Entwertung der Mark — verursacht durch die ungeheuren Reparationsleistungen — zu setzen sei, so treffe das bei inländischen Erzeugnissen doch nicht immer zu. Es gäbe Fälle, wo unweisse Leute ganz unbedeutende Gewinne einheimsten. Hier müsse eingegriffen und geprüft werden, ob die Preise im richtigen Verhältnis zu den Herstellungskosten sich befänden. Wo Mindererträge vorläge, müsse mit aller Schärfe eingeschritten werden. Aufgabe des Publikums sei es, solche Fälle den zuständigen Stellen zu melden, damit die Schulden bekämpft werden. — Senator Mehrlein verwies auf die kürzlich in Berlin stattgefundenen Konferenzen, die sich bereits mit diesen Forderungen beschäftigt habe. Die bekannten Forderungen der Gewerkschaften seien durchweg als berechtigt anerkannt worden. Es müsse sich jetzt darum handeln, die Massnahmen der Reichsregierung zu unterstützen und festzustellen, was ein angemessener Preis sei. Nach der Rechtsprechung dürfe als Verkaufspreis nicht der Wiederbeschaffungspreis gelten. Die diesjährige Kartoffelernte würde auf 600 Millionen Zentner geschätzt. Zur Ernährung der Bevölkerung seien etwa 120 bis 150 Millionen Zentner nötig. Für Kartoffeln dürfe aber unter keinen Umständen der Weltmarktpreis eingeschätzt werden. Scharf müsse auch gegen die Schlemmerklasse vorgegangen werden. Als Hauptaufgabe bezeichnete Mehrlein die Verhinderung großer Preissteigerungen und die Sicherstellung von Brot, Kartoffeln und Milch zu erschwinglichen Preisen für die breite Masse. — Genosse Knapp als Mitglied der Preisprüfungsstelle betonte u. a., daß dieses Institut oft in Tätigkeit getreten ist. Es wäre aber schwer zu entscheiden, was wirklicher Minderertrag sei. Bei einigen Artikeln seien in letzter Zeit ungeheure Preissteigerungen, bis zu 40 Prozent, erfolgt. Die Frage, ob der Verkaufspreis nach dem Herstellungskosten- oder dem Wiederbeschaffungspreis sich richten solle, sei bisher noch umstritten. Der Redner besprach dann die Vorschläge der Gewerkschaften und hielt ein größeres Entgegenkommen der Arbeitgeber in Lohn- und Gehaltsfragen für dringend erforderlich. Sonst würden Streiks, die große Unruhe und Schäden für das Wirtschaftsleben zur Folge hätten, nicht ausbleiben. — Herr Heilandorf, ebenfalls Mitglied der Preisprüfungsstelle, beschäftigte sich eingehend mit der Preisgestaltung und trat dafür ein, daß der Wiederbeschaffungspreis müsse unbedingt berücksichtigt werden, da sonst der Einzelhandel in kurzer Zeit ruiniert sei und keine neuen Waren mehr einkaufen könne. Reineswegs aber dürfe der Preis nach dem Dollar bemessen werden. Gegen unbedeutende Preistreibererei und gegen das Handeln bei Schamlosigkeit vorgehen. — Herr Polizeirat Lippert erklärte, daß alle Reichsbehörden, die sich mit der Preisfrage beschäftigt hätten, bisher zu keinem positiven Ergebnis führten. Dort habe man vornehmlich über die Ursachen der Preissteigerung gesprochen, aber praktische Vorschläge für wirkliche Besserung nicht gefunden. Die Grundursache der Preissteigerung sei in der Währung, der hohen Preise für Kohle und Düngemittel zu suchen. Wenn die Landwirtschaft während der Zwangswirtschaft auf verdient habe, so sei das heute nicht mehr der Fall. Von Mitte Oktober ab müsse mit einer wesentlichen Preissteigerung für Mehl und Brot gerechnet werden. Der Preis der Kartoffeln sei von dem Preis der Futtermittel abhängig. Bei sehr niedrigen Kartoffelpreisen bestehe die Gefahr, daß viele Kartoffeln verfaulen würden. Berlin hätte mehr zur Bekämpfung der Teuerung tun müssen. Der Einfluß der Syndikate sei ungeheuer. Sie festeten die Preise selbstherrlich fest. — Senator Löwig betonte gegenüber Lippert, daß auch die Macht des Reichswirtschaftsministers begrenzt sei. Die Verhältnisse seien oft zu hart. Er verwies dann auf die Beschäftigung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages und auf die Massnahmen in Thüringen. Genosse John als Vertreter des Konsumvereins besprach zunächst die Währungsfrage. Darüber, was Minderertrag sei, gingen die Meinungen heute weit auseinander. Der Wiederbeschaffungspreis gelte für den Konsumverein nicht als Verkaufspreis. Die fortwährende allgemeine Einführung des Wiederbeschaffungspreises hätte zur Katastrophe geführt. Genosse John hat nach der Preistabelle des Statistischen Amtes an 30 der hauptsächlichsten Verbrauchsmittel festgestellt, daß gegenwärtig der Verkaufspreis um 68 Prozent niedriger ist als der Beschaffungspreis für neue Waren. Eine wesentliche Preissteigerung sei also nicht zu vermeiden. Wenn der Handel erhaltensfähig bleiben solle, müsse bis zu einem gewissen Grade der Warenpreis zur Schaffung von Betriebskapital dienen. Zu bedenken sei auch, daß auf Konjunkturgewinne oft Konjunkturverluste folgten. Wenn in der Preisgestaltung eingegriffen werden solle, dann dürfe man nicht den Kleinhandel herausgreifen, dagegen aber Industrie und Großhandel ungeschoren lassen. In dieser schweren Zeit sei die Fürsorge für Minderbemittelte besonders zu pflegen. Der Konsumverein sei sich dieser Pflicht bewußt und habe die Zentrale für verbundene Fürsorge weitgehend mit billigen Lebensmitteln unterstützt. Die Entwertung der Mark verursache eine weitere Preissteigerung. Um nun einen Ausgleich zu schaffen, müßten unbedingt höhere Gehälter und Löhne gezahlt werden. Könten sich die Unternehmer dazu nicht verstehen, dann seien große Lohnkämpfe unvermeidlich. Die Geldentwertung bedinge also nicht nur höhere Preise, sondern vor allem auch höhere Löhne. Die Gestaltung der Arbeitskraft müsse die vornehmste Aufgabe sein. Je höher die Löhne und Gehälter, desto größer sei auch der Konsum. Volkswirtschaftlich bedeute das sehr viel. Unberechtigte Preistreibererei könne der Konsumverein gar nicht vornehmen, da dieses Unternehmen nicht auf Gewinn, sondern nur auf die Warenverwertung eingestellt sei. Soweit aber ein Ueberkauf vorliege, müsse dieser den Mitgliedern wieder zu die Veranschlagung von Gestrickfleisch sei jetzt in großem Maße bei den Konsumvereinen in die Wege geleitet. — Senator Bromme erklärte, daß die Hauptursache der Preissteigerung nicht beim Handel, sondern bei der Produktion zu suchen sei. Angehts der ungeheuren Preissteigerung müsse man wieder versuchen, billiges Gefrierfleisch aus Argentinien einzuführen. Es sei heute schwer, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen.

Wir fänden vor einem harten Winter, da diese nichts unterlassen werden, was zur Binderung der Not führe. — Herr Albers unterstrich die Ausführungen Johns und zeigt an Beispielen, daß bei einigen Artikeln der Großhandelspreis viermal so hoch ist als der jetzige Verkaufspreis. Er verurteilte die Bestrebungen einiger Großhändler, die Preise nach dem Dollarkurs zu bemessen. In der heutigen Zeit der fortgesetzten Preissteigerung müßte das Anhängen von Preisverzeichnissen auf das Publikum nicht beruhigend, sondern vielmehr beunruhigend wirken. Gegen die Veranschlagung in Vorkäufen, Dielen usw. müsse vorgegangen werden. — Senator Düpper hob hervor, daß die Reichsregierung ernstlich bemüht sei, erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Daher müßten die Reichsmassnahmen voll unterstützt werden. Die Landwirtschaft habe auch Sorgen. Um eine bedeutende Preissteigerung kämen wir nicht herum; zumal vom Ausland noch viel Getreide eingeführt werden müßte. Sollte aber mit Kartoffeln Mindererträge erzielt werden, dann müsse der Reichswirtschaftsminister sofort eingreifen. Für die Einfuhr von billigerem Fleisch seien bereits Abschlüsse mit Argentinien getätigt. Nur für Zucker, aber nicht auf anderem Gebiet, sei die Zwangswirtschaft möglich. Die Schlemmererei in Schokolade, Mörb und anderen entbehrlichen Artikeln müsse aufhören. In gewissem Sinne sei der Wiederbeschaffungspreis für den Verkaufspreis maßgebend. Aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande habe bei Lohn- und Gehaltssteigerungen Vorbehalt zu walten. — Senator Löwig hob hervor, daß der Handel mit dem Ausland nicht unterbunden werden dürfe, um größere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Bis jetzt aber wären die Löhne weit hinter den Preisen zurückgeblieben. — Herr Bismarck ist gegen das Anhängen von Preisverzeichnissen. Er legte großen Wert darauf, daß die Preise keine Artikel bringe, die das Publikum unnötig beunruhigen. — Staatsanwalt Heise erklärte, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Minderertrag vorgehe, da die Verbraucher gegen solche Auswüchse geschützt werden müßten. Es sei auch wiederholt zur Beschaffung von Waren geschritten worden. Genau festzustellen, wo der Minderertrag sei, sei schwer. Zur Lösung dieser Frage arbeite man mit der Preisprüfungsstelle und anderen Faktoren zusammen. Wo wirklicher Minderertrag vorliege, schreite die Staatsanwaltschaft rücksichtslos ein. — Senator Mehrlein verwies auf die gereizte Stimmung, die namentlich in der Arbeiterkategorie der Großbetriebe herrsche. Die Minderertragkommission müsse zur Beilegung milderer Auswüchse tätig werden und stets wachsam sein. Redner ist dafür, daß Preisverzeichnisse für bestimmte wichtige Artikel ausgestellt werden. — An der weiteren Besprechung, die wesentliche neue Momente nicht zutage förderte, beteiligten sich die Herren Kretzen, Senator Straß und erneut John, Lippert und Heilandorf. — Senator Löwig fasste das Ergebnis der Sitzung dahin zusammen: Es hätte sich gezeigt, daß es schwierig sei, wirkungsvolle Massnahmen gegen unbedeutende Preistreibererei zu ergreifen. Einigkeit bestände darin, die Massnahmen der Reichsregierung, die auf Bekämpfung der Einfuhr von entbehrlichen Waren, auf Bekämpfung der Schlemmererei usw. abzielen, zu unterstützen. Auch die Anregung von John, die Preisermittlung des Statistischen Amtes durch Vermehrung der zu berücksichtigenden Firmen zu verbessern, könne durchzuführen werden. Ueber den Preisausgleich müßten noch nähere Beratungen gepflogen werden. Es bestehe allseitig der ernste Wille, Auswüchse und Minderertrag zu bekämpfen. Wenn alle Kreise zusammenarbeiten, würde das auch möglich sein.

Wir haben es für dringend nötig, daß die Minderertragkommission und die Behörden ihr Augenmerk darauf richten, den Wiederbeschaffungspreis nicht zum Preisrechner machen zu lassen. Sonst ist jedem Minderertrag Tor und Tür geöffnet und alle Massnahmen zur Bekämpfung desselben sind hinfällig. Auch der Preisausgleich für Lebensmittel und andere wichtige Artikel muß durchgeführt werden. Was in diesen anderen Orten für zweckmäßig gehalten wurde, kann hier gewiß nicht schaden. Wie wir erfahren, hat das Polizeiamt gestern in einer Sitzung mit dem Senat beschlossen, Preisauswüchse für alle Lebensmittel, Schuhe und Bekleidung einzuführen. Die Veranordnung wird wahrscheinlich morgen schon erscheinen.

### Arbeitnehmer, Betriebsräte!

In der kommunistischen Presse und Versammlungen wird aufgerufen zu einem Reichsbetriebsrätekongress. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen erklären alle Betriebsräte und Arbeitnehmer jede Selbstjammung und sonstige Unterstützung dieses wider Kongresses abzulehnen. Dieser Kongress ist beschlossen von 6-700 Berliner Funktionären von insgesamt 35-36 000. Der ADGB, KfA und Reichsbetriebsrätezentrale lehnen diesen Kongress ab. Arbeiter, Betriebsräte Lübecks! Laßt Euch nicht von diesen verantwortungslosen Leuten zu Schritten verleiten, die in keiner Art und Weise einen Erfolg versprechen. Die Spitzenorganisationen werden zu gegebener Zeit an Euch herantreten. Keiner gebe sein hohes verdientes Geld für eine solche Sache der KPD her. Niemand hat eine Kontrolle. Diese Aktion der Kommunisten richtet sich gegen Eure Organisationen. Der Vorstand des ADGB und KfA Bundes. Der Volksrat.

Der Vorsitz im Senat hat während der Dauer der Abwesenheit des Bürgermeisters Dr. Neumann Senator Löwig übernommen.

Schiedspruch im Malergewerbe. Laut Schiedspruch vom 8. September 1922 beträgt der Lohn eines Malergehilfen ab 5. September 49 50 Mk. pro Stunde. Am 16. September erhöht sich derselbe auf 69 30 Mk.

Kindermot. Man schreibt uns: Vielen noch unsichtbar, wächst eine körperliche und seelische Not unserer Kinder auf, die zu den erschütterndsten Wertzeichen unserer Zeit zu werden droht. Immer spärlicher fließen die Mittel, dieser Not zu steuern. Dies zu tun, ist alleinige Aufgabe der Gemeinnützigen Brodenammlung. Jeder kann an dieser schönen Arbeit teilnehmen, wenn er keine leeren Händen, sein Mitpapier der Brodenammlung überläßt, die den Erlös des Weiterverkaufs zur Binderung unserer Kinder not bereithält.

Vorführungen über Bewegungstanz. Der Lübecker Turnlehrerverein und der Verein für Frauenkleidung und Frauenkultur veranstaltete am Montag, dem 11. September, im Marmorfaal einen recht interessanten Abend. Es handelte sich darum, einem weiteren Kreise lebendige Beispiele über körperliche Erziehung vorzuführen und zu zeigen, wie eng verwachsen Körperkultur und Ausdrucksfähigkeit ist. Leiter der Übungen war Herr Dr. Bode aus München, der dort eine Schule für diese Erziehungsmethode unterhält. Der einleitende Vortrag entwickelte Zweck und Ziel dieser menschenveredelnden Gymnastik, die jede einseitige Muskelanspannung und alle Einzelbewegungen vom Körperzentrum aus leitet. Dadurch wird rasche Ermüdung vermieden und ein Rhythmus hervorgezogen, dessen Sinn nicht im Gleichklang der Bewegung, sondern in der Spannung und Entspannung der Muskulatur liegt. Diese Bewegungslehre findet ihren Stützpunkt im Spiele des gesunden Kindes, das trotz fortwährender Tätigkeit so gut wie gar keine Ermüdungserscheinungen zeigt, eben weil unbewußt der ganze Körper mitspielt. Die neue Methode soll nach Ansicht des Vortragenden ein Erziehungsmittel der Menschen sowohl in körperlicher wie geistiger Beziehung und insbesondere auch eine Vorstufe zu jeder körperlichen Arbeit sein. Vier Damen und zwei Herren führten eine große Anzahl Übungen vor, die recht anschaulich das Praktische dieser Gymnastik bewiesen und die ihr ihmwohnendes Ausdrucksfähigkeit darlegten. Es ist erstaunlich, wie willig Knie- und Beugelenke gehorchen, wenn die Hauptkraft in den Körper gelegt wird, handle es sich nun um leichtathletische Übungen oder um ermüdungsfreiere Bewegungen zur körperlichen Arbeit: sägen, hämmern, stoßen. Recht wirkungsvolle Momente boten die Übungen der Damen. Sie erbrachten den Beweis dafür, daß gymnastische Arbeit Geist und Seele harmonisch zusammenschweißt und dieser Harmonie im Ausdruck Geltung verschafft. Das Leichte und Frohdrehbewinge offenbarte sich im lebendigen Spiel des Körpers und trat insbesondere im — mit dieser Schule nicht enger verwachsenen — Länze klar hervor. Von dem Gebotenen konnte man den angenehmen Eindruck mitnehmen, daß viel Leichter und Nützlicheres davon in unserer Jugenderziehung angewandt werden kann.

Stadtballen-Spieltage. Das Filmpiel „Bräutigam auf Kredit“ ist ein märchenhaftes Stück aus der Biedermeierzeit, wie man es nur noch in Büchern für die Jugend findet. Ein armes Schneiderlein wird durch ungewollten Zufall als Graf gefeiert und baut sich im Gefühle des Glückstüters ein Glashaus auf. Der Graf stürzt zwar zusammen, aber der Schneider führt dennoch die Braut heim. Durch die mittelalterliche Kleinstadt hat das Ganze ein anmutiges und romantisches Gepräge. Der zweite Film, ein Zirkusstück, betitelt „Timmy, ein Schicksal von Mensch und Tier“, führt uns hinter die Kulissen der Artistenwelt und zeigt in 6 Akten das Schicksal einer vom Leben schwer geprüften Zirkusdarstellerin. Das sensationsbegierige Zirkuspublikum denkt meistens nicht daran, daß sich hinter der lächelnden Maske des Künstlers der Ernst des Lebens verbirgt. Der Film ist neben verschiedenen schönen Naturaufnahmen reich an notwendigen Szenen. Zu Anfang werden eine Reihe Bilder von der Heppigkeit des Bades Lebens und den landschaftlichen Reizen der Nordseeinsel Vorkum vorgeführt.

Arbeitsmarktlage im August. Die Lage des Arbeitsmarktes war im Monat August weiterhin gut. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat zwar zugenommen, aber demgegenüber stieg auch die Zahl der offenen Stellen und es war möglich, mehr offene Stellen zu besetzen als im Monat Juli. In der Landwirtschaft bestand eine lebhafte Nachfrage nach Entarbeitern, die zum größten Teil durch Vermittlung des Arbeitsnachweises gedeckt werden konnte; nur an Knechten bestand weiterhin Mangel. Wie schon seit mehreren Monaten, so machte sich in der Metallindustrie weiterhin ein Mangel an Fachkräften bemerkbar. Im übrigen war die Vermittlung im Metallgewerbe sehr gut. Es wurden ungefähr 70 Prozent mehr Metallarbeiter eingestellt als im vergangenen Monat. Auch im Holzgewerbe hielt die Nachfrage nach Bau- und Möbelfachkräften an, dem Arbeitsnachweis war es nicht möglich, den Bedarf an diesen Fachkräften zu decken. Weiterhin fehlten gelernte Bauarbeiter und im Handel erstklassige Buchhalter und geübte Stenotypisten. Erfreulicherweise war auch die Lage des Arbeitsmarktes für die ungelerten und jugendlichen Arbeiter etwas günstiger als im Vormonat.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw. Das zweite volkstümliche Konzert im Gemeindefesthaus am Mittwoch, dem 13. September, verspricht wieder ein glanzvoller Abend zu werden. Er ist den nordischen Meistern geweiht. Die Gemeindefesthauskonzerte erfreuen sich immer weiteren Zuspruchs; ein großer Kreis von Freunden guter Musik hat sich in den letzten Jahren gebildet, so daß sich die Konzerte im Gemeindefesthaus bereits eines ansehnlichen Stammes ständiger Besucher erfreuen. Diese Konzerte bilden nebenbei mit ihrem niedrigen Eintrittspreis von 10 Mark die billigste Unterhaltung für jedermann.

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Untergang eines Japag-Dampfers. Sämtliche 800 Passagiere gerettet. Der Dampfer Hammonia der Hamburg-Amerikanische Linie ist auf der Reise von Hamburg nach Havanna 80 Meilen von Vigo gesunken. Auf drablonde Hilferufe des gefährdeten Schiffes eilten mehrere Dampfer herbei, denen es gelang, sämtliche 800 Passagiere zu retten. — Die Hamburg-Amerikanische Linie über das Sinken des Dampfers mit: Nach Telegrammen, die wir aus Vigo erhalten, erlitt unser auf der Fahrt nach Kuba und Mexiko befindlicher Doppelschrauben-Post- und Passagierdampfer Hammonia, nachdem er Vigo als letzten europäischen Anlaufhafen verlassen hatte, kaum 100 Seemeilen von dort entfernt in der Nacht vom 8. auf den 9. September durch einen schweren Weststurm Beschädigungen, deren weitere Auswirkungen das Manövrierunfähigkeit des Schiffes zur Folge hatte. Mehrere auf den drablonde Hilferufe des Kapitäns herbeigeeilte Dampfer nahmen die Passagiere sowie die Mannschaft auf. Der Dampfer Soldier Prince verlor die Hammonia, auf der 20 Personen der Besatzung zurückgeblieben waren, als das Wetter besser wurde, zu schleppen, doch kam der Dampfer um 6 1/2 Uhr am Sonnabend abend. Der Dampfer Hammonia ist 8000 Tonnen groß und wurde seinerzeit vom holländischen Lloyd zurückgekauft.

Sief. Ein tobdringendes Geschoss zwischen Altmaterial. Lagermeister N. fand beim Durchgehen des Altmaterials ein Geschoss, das er in den Schraubstock spannte, um es zu entladen. Dabei explodierte das Geschoss und N. wurde am Leib und an der Brust so schwer verletzt, daß er starb.

Reudburg. Tödlich verlaufener Unfall. Ein bei einem Landmann in Ortlitz bei Rortorf bedienstetes 17jähriges Dienstmädchen fiel beim Kartoffelkochen in den kochenden Kessel und wurde so schwer verbrüht, daß es bald darauf starb.

Hoffen. Die Preise für Kartoffeln wurden in der Sitzung der Preisprüfungscommission als Erzeuger wie folgt notiert: Rote Zentner 240 Mk., weiße 260-280 Mk.

### Theater und Musik.

Stadttheater. Russisches Kammerballett. Mit dem Auftreten des Russischen Kammerballetts am letzten Sonnabend fand die Festspielwoche des Stadttheaters ihren glanzvollen Abschluß. Die starke Nachfrage nach Eintrittskarten veranlaßte die Direktion, die künstlerisch hochstehenden Gäste auch noch für



Meine Seele singt. Von Viktor Kalinowski. Verlag von A. Hansmann u. Co., Bochum. Ein Mann aus dem Volke spricht hier zum Volke. Auf über 200 Seiten hat Viktor Kalinowski ein Stück Leben in Prosa übertragen...

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

Table with columns for food categories (Meat, Dairy, Bread, etc.) and price changes. Includes sub-headers for 'Steinhandelspreis für 1 Pfund in WZ' and 'Hauspreis für 1 Pfund in WZ'.

den Sonntag zu reengagieren. Gleich die Eingangsnummer 'Der Clown' (In den Kulissen) mit der Musik von Richard Drigo, der sich durch seine 'Millionen des Harlequin' einen Namen gemacht hat...

auch die Massensöhre. Die Frauen sangen das Volklied 'Spinn, spinn', wohl zu schnell, auch Wohlgefühls bekanntes 'Wie's daheim war' hätte noch feiner abgestuft klingen können.

Gyresaal.

(Mr. den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion; dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.) Aus ein Kommunist. Ein eigenartiges Betriebsratsmitglied ist der frühere Kollege Krümmel.

Berufsberatung.

Das Arbeitsamt, Abt. Berufsberatungsstelle, veröffentlicht in den Tageszeitungen eine Mahnung an die Eltern, sich über die Bedeutung der Berufswahl ihrer Kinder rechtzeitig klar zu werden.

Der Mann.

Novelle von Henri Barbusse\*

In einem nächtigen, gelblichen Abend gehen Maria und Yvonne den Strand entlang, beide in Schwärz und moosvoll anbehangen, wie zwei Wimmen. Kaiser Keil steht in den Reggen, der so traurig herabdrückt, als wolle er niemals aufhören...

Seit langem schon, wenn Yvonne im Zimmer über ihre Arbeit gebeugt ist und nur halb hinhorcht, hört sie von dem Verbrechen erzählen das dieser Mann ein sich verbreitet. Sie hat den Janssen der Frauen, der neherzraten und der jungen Mädchen mitangehen, die er an sich gerissen hat...

sch gestenhaft aus, eingebildet, gefällig, unvornehm. Sie empfand Ekel und Abneigung, als sie ihn ansah. Er erblühte sie, blieb stehen und betrachtete sie. Dann wurde er ruhiger, sah sie von oben bis unten, und das brutale Däwels spielte sich wieder um seinen Mund.

\* Aus der Sammlung 'Sage Novellen', Berlin-Tel. & Co., Leipzig.